

*
*
*
*
*
*

ÜBERSICHTEN

*
*

AUSSENPOLITIK

*
*

*(1)

Zhao Ziyang erneut auf Sechs-Länder-Reise

Kurz nachdem Hu Yaobang eine Vier-Länder-Reise durch Westeuropa (Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Italien) (dazu C.a., Juni 1986, S.355 ff.) und Außenminister Wu Xueqian eine Neun-Länder-Reise durch Europa hinter sich gebracht hatte (Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Belgien, Luxemburg, Irland, DDR und Ungarn), brach Ministerpräsident Zhao Ziyang zu einer Sechs-Länder-Tour auf, die als "Balkanreise" bezeichnet war, zu der aber merkwürdigerweise auch Spanien, die Türkei und Tunesien gehören - neben Rumänien, Jugoslawien und Griechenland. Hauptthemen waren Friede (häufig wurde in diesem Zusammenhang der Mittelmeerraum angesprochen) und die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die sich auch mit diesen Ländern langsam zu entwickeln beginnt. 1985 beispielsweise lag das Handelsvolumen zwischen China und Spanien bei immerhin rd. 400 Mio. US\$ und hatte sich damit gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Zhao's Visite war u.a. auch als Gegenbesuch gedacht; denn alle besuchten Länder hatten vorher bereits einen hohen Repräsentanten in die Volksrepublik entsandt, so z.B. hatte König Juan Carlos die Volksrepublik 1978 besucht; in der Zwischenzeit war im Gegenzug auch Li Xiannian nach Spanien gekommen; doch dann hatte wiederum Spaniens Premierminister Felipe Gonzalez die Volksrepublik im Herbst 1985 besucht. Ähnlich sah die Verpflichtungsliste bei den anderen Ländern aus. -we-

AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

*(2)

Grundsätzliches zu den Auslandskontakten der KPCh

Schon gleich nach ihrer Gründung i.J. 1921 hat die KPCh sporadische Beziehungen zu ausländischen Kommunistischen Parteien gesucht. Am meisten war sie in ihren frühen Jahren in Verbindung mit der KPdSU sowie mit der damals noch bestehenden Komintern, die auch mit Rat und Hilfe in allen möglichen Fragen,

nicht zuletzt im Bereich des Aufbaus der VBA, einsprang. Da die Komintern freilich immer mehr mit der von Mao Zedong geleiteten Bauernbewegung in Konflikt kam, begann sich in der KPCh eine prinzipiell kritische Einstellung gegenüber ausländischen KPs Bahn zu brechen, die lediglich in den Jahren unmittelbar nach 1949 eine Zeitlang vergessen zu sein schien, da China damals beschlossen hatte, sich "ganz auf eine Seite zu lehnen". Schon in den Jahren 1949/50 wurden daher Beziehungen zu den Staatsparteien Osteuropas sowie zu asiatischen KPs hergestellt.

Mit dem Beginn des sino-sowjetischen Schismas, vor allem aber mit der großen Ideologieauseinandersetzung Anfang der sechziger Jahre, kamen immer sichtbarere Sprünge in die KP/KP-Politik, bis die meisten Beziehungen (in Osteuropa nicht mit Rumänien) schließlich abgebrochen wurden - was auch Konsequenzen für das Verhältnis zu den anderen osteuropäischen KPs hatte.

Der Neubeginn setzte schon im Herbst 1977 ein, als nämlich der jahrelang aufs heftigste als "Revisionist" bekämpfte Tito die VR China besuchte. Damals übte die KPCh - nur ein Jahr nach dem Tod des "Vorsitzenden" Mao - Selbstkritik und begann ihre "historischen Fehler" zu korrigieren. Jahrelang habe man nur "nationale Befreiungsbewegungen" in der Dritten Welt unterstützt und damit bewußt einen Kurs der "Linken Strategie" (gegen die etablierten Regierungen) betrieben.

Die einzelnen Schritte, die nun folgten, zeigten einen nicht gerade einheitlichen Kurs:

- 1978 stellten die KPCh und der Bund der Kommunisten Jugoslawiens die Beziehungen wieder her.

- 1979 kam es zu Kontakten mit einigen westeuropäischen KPs und zur Aufnahme der Beziehungen mit der KP Italiens (damals unter Berlinguer), der KP Spaniens (damals unter Carillo) und der KP Griechenlands (Inlandgruppierung). Mit der KPI kam man u.a. darin überein, die Frage auf sich beruhen zu lassen, wer in der vergangenen Polemik recht und wer unrecht gehabt hatte. Man solle sich statt dessen auf die Zukunft hin orientieren.

- 1982 wurden die Verbindungen zur KPF wiederhergestellt, die drei Jahre lang als tabu galten, weil deren Generalsekretär Marchais nicht bereit war, sich offen von der sowjetischen Afghanistan-Politik zu distanzieren. Nun aber konnte man sich darin einigen, daß beide keine "Vaterpartei" und keine "Füh-

rungszentrale" sowie auch kein fertiges "Modell" anerkennen wollten. Die Kriterien der KPCh waren mittlerweile m.a.W. weicher geworden. Auch über den "richtigen" Marxismus hatte man sich inzwischen eine höchst tolerante Meinung gebildet, die von Deng Xiaoping in einer Rede am 31. Mai 1980 folgendermaßen formuliert worden war: "Ob der Eurokommunismus richtig oder falsch ist, sollte ebenfalls nicht von anderen beurteilt, nicht von anderen in Artikeln bestätigt oder negiert werden, sondern kann nur von den europäischen Parteien und Völkern und, letzten Endes, durch die Praxis beurteilt werden. Niemand sollte sie kritisieren, wenn sie Experimente durchführen, die ihren eigenen Bedingungen angepaßt sind. Selbst wenn sie falsch handeln, liegt es an ihnen, ihre Erfahrungen auszuwerten und neue Versuche zu unternehmen" (so BRu 1983, Nr. 24, S. 15 f.). Auch die Klassenherkunft der eurokommunistischen "Linken" dürfe keine Rolle spielen (RMRB, 19.4.83).

Mit der Sozialistischen Partei Mitterrands und der SPD wurden schließlich auch nichtkommunistische Parteien in den Kreis der KPCh-Verbindungen einbezogen. 1986 unterhält die KPCh Beziehungen mit 200 kommunistischen und anderen "fortschrittlichen" Parteien.

Die Hinwendung zu den sozialdemokratischen und Labour-Parteien wird damit begründet, daß diese Parteien "und unsere KPCh gleiche und ähnliche Auffassungen über viele wichtige internationale Probleme der Gegenwart, einschließlich der Bekämpfung des atomaren Wettrüstens der Supermächte, der Suche nach der Entspannung der internationalen Lage, der Förderung des Süd-Nord-Dialogs und der Beschleunigung der Dritt-Welt-Länder-Entwicklung" hätten. Daneben gebe es selbstverständlich auch ideologische Differenzen, doch müßten diese Unterschiede angesichts der wichtigeren Gemeinsamkeiten (Aufbau und Frieden) zurückgestellt werden.

- Inzwischen wurde in Beijing angekündigt, daß die KPCh durchaus daran interessiert sei, auch mit osteuropäischen KPs wieder Beziehungen aufzunehmen. Sollten eines Tages sogar mit der KPdSU wieder offizielle Beziehungen angeknüpft werden, so gliche der Kurs der KPCh nicht mehr nur einem Zickzack, sondern eher noch einem Mäander.

Am 31. März 1986 freilich hat ein Sprecher der Verbindungsabteilung des ZK klargestellt, daß die "drei großen Hindernisse" aus dem Weg geräumt sein müßten, ehe Parteibeziehungen aufgenommen werden

könnten (XNA, 31.3.86).

Wie sieht die Praxis der Parteibeziehungen aus?

Im allgemeinen laufen Parteibeziehungen darauf hinaus, daß beide Seiten sich versprechen, Informationen und Dokumente auszutauschen und hochrangige Funktionäre innerhalb bestimmter Zeiträume zum gegenseitigen Besuch zu entsenden.

Zwischenstaatliche und zwischenparteiliche Beziehungen wiesen, wie immer wieder betont wird, einen qualitativen Unterschied auf: Die ersteren beruhen eher auf pragmatischen, die letzteren eher auf Gemeinsamkeiten der Ideologie und der politischen Ansichten; es handle sich bei ihnen um eine Art "moralische Beziehung, die auf gemeinsamen Ideologien und Idealen beruhen" (so ein Sprecher der Abteilung für internationale Verbindungen beim ZK der KPCh, XNA, 15.9.84).

Die KPCh wünsche auch die Friedensbewegungen in aller Welt zu ermutigen. In diesem Sinne beeinflusse sie die Massenorganisationen ihres eigenen Landes in Richtung auf eine Entfaltung internationaler Friedensaktivitäten. Auf diese Weise sei der Chinesische Gewerkschaftsbund mit den Gewerkschaftsorganisationen in rd. 120 Ländern, die chinesische KJL mit über 300 Studenten- und Jugendorganisationen aus mehr als 100 Ländern und der Allchinesische Frauenbund mit 160 Frauenorganisationen friedensfördernde Verbindungen eingegangen (ebenda).

Nach Angabe der für Auslandskontakte federführenden "Abteilung für internationale Verbindungen" beim ZK haben i. J. 1985 die Generalsekretäre oder andere Spitzenführer von mehr als dreißig befreundeten Parteien der KPCh in China einen Besuch abgestattet (XNA, 16.12.85).

Welche Überlegungen stehen hinter der Partei-Außenpolitik?

Vier Prinzipien liegen, wie es heißt, den Parteibeziehungen heutzutage zugrunde, nämlich Unabhängigkeit und Selbständigkeit, volle Gleichberechtigung, gegenseitige Respektierung und gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Diese Grundsätze wurden hauptsächlich im Hinblick auf eine "Vaterpartei" (die KPdSU) aufgestellt. Wie nun läßt sich diese Unabhängigkeit und Selbständigkeit in der Praxis erreichen? Dafür hat die KPCh einen Kriterienkatalog aufgestellt:

- Jede Partei habe dem eigenen Land und Volk, nicht aber einer ausländischen Partei oder einem internationalen Zentrum gegenüber Rechnung zu legen.

- Jede Partei müsse ihren eigenen Weg gehen und dürfe nicht gezwungen werden, fertige Modelle zu übernehmen.

- Jede Partei müsse auch ihre eigene Haltung gegenüber bestimmten internationalen Problemen einnehmen können und ihre Haltung nicht den Bedürfnissen einer Großpartei oder einer Großmacht anpassen.

- Schließlich müßten die inneren Parteiangelegenheiten ausschließlich nach eigenen Bedürfnissen - also frei von Außeneinmischung - geregelt werden. Keine Partei, gleichgültig wie lang ihre Geschichte zurückreicht und wie früh sie in ihrem Land die Revolution zum Siege geführt hat, könne das Vorrecht genießen, über andere Parteien zu gebieten. Es müsse der bedingungslose Grundsatz der Gleichberechtigung herrschen (diese Forderung kommt, wohlgeachtet, aus dem ansonsten so höchst hierarchiebedachten China!).

Zwei Fragen waren in diesem Zusammenhang noch zu klären: "Wie hältst du es mit dem Marxismus?" und "Verletzt eine Unterstützung (z.B. südostasiatischer KPs) nicht den offiziell beschworenen Geist der Freundschaft mit eben diesen Ländern?"

Seit 1978 sucht China "die Wahrheit in den Tatsachen". Der Marxismus gilt nur noch als eine Wissenschaft, die sich ständig weiterentwickelt. Er müsse fortlaufend überprüft, ergänzt, vervollkommen, bereichert und entwickelt werden. Niemand dürfe man sich an einzelne überholte Prinzipien oder Schlußfolgerungen klammern, die zwar im 19. Jhd. richtig, am Ende des 20. Jhdts. jedoch überholt sind.

Jedes Land muß also innerhalb des Rahmenwerks der marxistischen Grundsätze seinen eigenen Kurs finden und brauche sich nicht gefallen zu lassen, daß andere schulmeisterlich darauf hinweisen, was nun eigentlich der richtige Marxismus sei.

Generalsekretär Hu Yaobang vor allem wird nicht müde, immer wieder zu betonen, daß die KPCh keiner anderen Partei je ihren Willen aufzwingen werde. Sie bleibe aber bei der Gewährung von "moralischer Unterstützung" (z.B. XNA, 23.5.85; XNA, 15.9.84).

Zwei große Zielsetzungen seien vor allem unter den Gesichtspunkten des Marxismus anzugehen, nämlich Aufbau und Friedenswahrung. Entwicklung und Frieden seien die

"beiden grundlegenden Fragen unserer Zeit". Bei der Entwicklung hat jedes Land, wie gesagt, seinen eigenen Weg zu gehen - China beschreitet seit 1978 die Straße der "Reformen". Im Rahmen der Friedenspolitik will die KPCh weiterhin unentwegt gegen "Imperialismus, Hegemonismus, Kolonialismus und Rassismus" ankämpfen und dadurch zur Erhaltung des Friedens beitragen.

Was die Frage der Unterstützung anbelangt, so laufe sie auf "moralische und politische Unterstützung", unter Umständen auch "humanitäre Hilfe" hinaus. Andererseits trete China jedoch - unter Bruch seiner kulturrevolutionären Tradition - entschieden gegen jede Form des Revolutionsexports ein (XNA, 6.11.85; Radio Beijing in SWB, 12.11.85). Eine wirtschaftliche und militärische Unterstützung scheidet also künftig aus. Freilich muß man China in diesem Zusammenhang fragen, wie dann seine Politik in Kambodscha, Laos, Vietnam und Afghanistan zu interpretieren sei.

Der Ruf der KPCh-Außenpolitik bleibt in Asien einstweilen höchst zweideutig.

Hatte die KPCh ursprünglich den sozusagen "reinen Sozialismus" als Unterpfand echter zwischenparteilicher Beziehungen gefordert, so legte sie seit den Ereignissen von Prag und am Ussuri (1968/69) den Akzent auf den gemeinsamen "Antihegemonismus" der kommunistischen Parteien. Spätestens seit der Wiederversöhnung mit Tito freilich mußte die KPCh erkennen, daß der direkte Antihegemonismus immer noch nicht das rechte Einigungskonzept abgab und daß eine sowohl in der Begründung als auch in der Ausdrucksform noch flexiblere Form des größten gemeinsamen Nenners gefunden werden mußte. Nach längeren innerparteilichen Diskussionen legte sich die KPCh schließlich - und zwar seit dem XII. Parteitag (1982) - auf die neue Formel "Unabhängigkeit" fest. Diese "Unabhängigkeit" wurde mit den oben aufgeführten "Vier Prinzipien" umschrieben.

Noch in den sechziger Jahren hatte die KPCh zur Weltrevolution aufgefordert und zu diesem Zweck die Weltdörfer gegen die Weltstädte mobilisieren wollen. Nicht einmal zwanzig Jahre später wirbt sie um die Gunst nicht nur der Dritt-Welt-Länder, sondern auch der kommunistischen Parteien zum Zwecke einer wirksameren Aufbau- und Friedenspolitik. Mit der KPCh kann heutzutage jede nichtkommunistische Gruppierung in eine Dialogs- und Kooperationsbeziehung treten, die ehrlich für die Fünf Prinzipien

Liste 1:

Chinesische Städte und Kreise, die für ausländische Touristen geöffnet sind

Am 1. Februar 1986 wurde die Zahl der geöffneten Gebiete auf 244 erhöht. Nachfolgend die Liste der geöffneten Städte und Kreise (Banner):

- Beijing
Tianjin
Shanghai
- Provinz Hebei (7): Qinhuangdao, Shijiazhuang, Chengde, Baoding, Tangshan, Handan und Kreis Zhuoxian.
- Provinz Shanxi (4): Taiyuan, Datong, Linfen, Yuncheng.
- Autonomes Gebiet Innere Mongolei (10): Hohhot, Manzhouli, Tongliao, Baotou, Erenhot, Hailar, Dongsheng, Xilin Hot, Zhalantun, Dalad (Banner).
- Provinz Liaoning (13): Shenyang, Dalian, Anshan, Fushun, Dandong, Jinzhou, Yingkou, Fuxin, Liaoyang, Benxi, Tieling, Chaoyang, Panjin.
- Provinz Jilin (8): Changchun, Jilin, Yanji, Siping, Liaoyuan, Tonghua, Baicheng, Kreis Antu (Naturschutzgebiet Changbaishan-Gebirge).
- Provinz Heilongjiang (10): Harbin, Qiqihar, Daqing, Jixi, Jiayusi, Mudanjiang, Hegang, Qitaihe, Yichun, Wuda Lian Chi.
- Provinz Jiangsu (11): Nanjing, Suzhou, Wuxi, Lianyungang, Nantong, Changzhou, Yangzhou, Zhenjiang, Xuzhou, Huaiyin, Yancheng.
- Provinz Zhejiang (9): Hangzhou, Ningbo, Shaoxing, Wenzhou, Jiaxing, Huzhou, Jinhua, Jiaojiang, Kreis Putuo (Tourismusbereich Putuoshan).

Provinz Anhui (15): Hefei, Wuhu, Huangshan, Bengbu, Tunxi, Maanshan, Anqing, Huainan, Huaibei, Chuzhou, Chaohu, Kreise Shexian, Fengyang und Jingxian und Tourismusbereich Jiuhuanshan.

Provinz Fujian (5): Fuzhou, Xiamen, Quanzhou, Zhangzhou, Kreis Chongan.

Provinz Jiangxi (6): Nanchang, Jiujiang, Jingdezhen, Yingtan, Jingtangshan, Ganzhou.

Provinz Shandong (7): Jinan, Qingdao, Yantai, Taian, Weifang, Zibo, Jining.

Provinz Henan (10): Zhengzhou, Kaifeng, Luoyang, Anyang, Xinxian, Xinyang, Nanyang, Puyang, Pingdingshan, Kreis Wenxian.

Provinz Hubei (11): Wuhan, Yichang, Shashi, Xiangfan, Xianning, Danjiangkou, Huangshi, Jingmen, Ezhou, Shiyan, Kreis Jiangling.

Provinz Hunan (5): Changsha, Hengyang, Yueyang, Xiangtan, Zhuzhou.

Provinz Guangdong (46): Guangzhou, Foshan, Zhaoqing, Shenzhen, Zhuhai, Shantou, Haikou, Zhanjiang, Zhongshan, Jiangmen, Shaoguan, Maoming, Huizhou, Chaozhou, Sanya, Meixian, Dongguan; Kreise: Gaoyao, Qiongzhou, Anding, Qionghai, Wanning, Tunchang, Dengmai, Lingao, Danxian, Wenchang, Baoting, Baisha, Qiongzhou, Lingshui, Ledong, Dongfang, Changjiang, Xingning, Huiyang, Boluo, Heyuan, Lufeng, Haifeng.

Huidong, Xinxing, Yunfu, Sihui, Fengkai, Deqing.

Autonomes Gebiet Guangxi der Zhuang-Nationalität (12): Nanning, Guilin, Beihai, Liuzhou, Wuzhou; Kreise: Binyang, Guiping, Rongxian, Guixian, Beiliu, Xingan, Luchuan.

Sichuan (8): Chengdu, Chongqing, Leshan, Wanxian; Kreise: Yuyang, Fengjie, Wushan, Zhongxian.

Provinz Guizhou (9): Guiyang, Anshun, Zunyi, Kaili, Liupanshui; Kreise: Shibing, Qingzhen, Zhenyuan, Landschaftsgebiet Huangguoshu-Wasserfall.

Provinz Yunnan (10): Kunming, Dali, Yuxi, Chuxiong, Qujing; Kreise: Tonghai, Jinghong, Menghai, Simao, autonomer Kreis Lijiang der Naxi-Nationalität.

Autonomes Gebiet Tibet (1): Lhasa.

Provinz Shaanxi (5): Xian, Xianyang, Yanan, Baoji, Hancheng.

Provinz Gansu (9): Lanzhou, Baiyin, Jiayuguan, Jiuquan, Tianshui, Linxia; Kreise: Yongjing, Dunhuang, Xiahe.

Autonomes Gebiet Ningxia der Hui-Nationalität (2): Yinchuan, Kreis Zhongwei.

Uigurisches Autonomes Gebiet Xinjiang (4): Ürümqi, Shihezi, Turpan, Kashi.

Provinz Qinghai (4): Xining, Huangzhong (Tar-Tempel), Golmud, Kreis Gonghe.

(Quelle: Beijing Rundschau Nr. 18, 6.5.1986)

der friedlichen Koexistenz eintreten. Die "Unabhängigkeit" ist damit zur Grundkonstante der KP-Außenpolitik geworden. Der neue Internationalismus der KPCh läuft m.a.W. auf einen gemilderten Antihegemonismus hinaus. Mit dieser Akzentverschiebung hat sich zugleich auch der außenpolitische Spielraum erweitert. -we-

INTERNATIONALE INSTITUTIONEN UND KONFERENZEN

* (3)
World Council for Religion and Peace tagt in der VR China
Vom 25. bis 30. Juni 1986 tagte der aus 65 Mitgliedern bestehende Internationale Rat der Weltkonferenz für Religion und Frieden zum ersten Mal in der chinesischen Haupt-

stadt. Der WCRP war 1968 aus Anlaß des 100. Geburtstag Mahatma Gandhis gegründet worden. Grundidee der Vereinigung ist es, das Prinzip des von Gandhi so eindringlich praktizierten "gewaltlosen Widerstands" im Interesse der Friedenserhaltung zu praktizieren.

In diesem Sinne kam es zu Konferenzen in Kyoto/Japan (1970), Löwen/Belgien, Princeton/USA sowie Nairobi/Kenia.

Nach China kam der WCRP auf Einladung der Vertreter der fünf Hauptreligionen Chinas, nämlich der Buddhisten, Daoisten, Mohammedaner, Katholiken und Protestanten.

China wollte damit im Rahmen des von der UNO ausgerufenen "Inter-

nationalen Jahres des Friedens" (1986) ein Zeichen setzen (BRu 1986, Nr. 28, S. 27 f.). Gleichzeitig war dies eine Gelegenheit, den neuen Toleranzkurs der chinesischen Regierung gegenüber den verschiedenen Religionen zu demonstrieren. -we-

* (4) **Veranstaltungen und Überlegungen im UNO-"Friedensjahr" 1986**

Die in einer anderen Übersicht behandelte WCRP-Konferenz vom Juni 1986 war eine von vielen Friedensveranstaltungen, wie sie in der VR China z. Zt. abgehalten werden.

Bereits vom 20. bis 22. Mai hatte in Shanghai ein Friedensforum unter dem Motto "Verhinderung des Kriegs und Erhaltung des Friedens" statt-

gefunden. Das erste Friedensforum geht bis zum Oktober 1952 zurück, als in Beijing eine Friedenskonferenz für Asien und den Pazifik stattfand, an der 400 Vertreter aus 37 Ländern und 9 internationalen Organisationen teilnahmen.

Während der sechziger und siebziger Jahre wurde die chinesische Friedensbewegung allerdings erheblich durch den damals offiziell verkündeten Standpunkt gestört, daß der Krieg unvermeidlich sei und daß entweder der Krieg die Revolution auslöse oder aber die Revolution den Krieg verhindere. China geriet damals in den Ruf der "Kriegslüsterheit".

Im Zeichen ihres Aufbaukurses sind die Reformer von der Unvermeidbarkeitsthese Stück für Stück abgerückt: China braucht eine "ruhige internationale Umwelt".

Heutzutage spricht sich Beijing aus vier Gründen für eine Vermeidbarkeit des Krieges aus.

- Da ist einmal die hochgradige Internationalisierung der Produktion und des Kapitals, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg eingetreten ist; sie verstärkte die Tendenz der gegenseitigen Abhängigkeit der Wirtschaften und führe dazu, daß ein Krieg zwischen den "imperialistischen" Ländern nicht mehr länger als unvermeidlich gelte: dies ist m.a.W. eine Korrektur der Lenin-These.

- Das Auftauchen der Dritten Welt auf der internationalen Bühne und die Herausbildung einer multipolaren Welt in der Nachkriegszeit bedeuteten die Übermacht einzelner Großmächte. Auch die beiden Supermächte können heute nicht mehr ungehindert schalten und walten und ohne weiteres einen Krieg vom Zaun brechen.

- Auch das "Gleichgewicht des nuklearen Schreckens", das durch atomares Wettrüsten in der Nachkriegszeit herbeigeführt wurde, schalte den Krieg als ein Mittel der Außenpolitik immer mehr aus.

- Nicht zuletzt aber habe sich inzwischen die Bewegung zur Wahrung des Weltfriedens zu einer mächtigen und gutorganisierten Kraft entwickelt (BRu 1986, Nr.23, S.18-25).

Frieden und Entwicklung sind heutzutage aus chinesischer Sicht die beiden wichtigsten von der gesamten Menschheit zu lösenden Fragen. Beide seien miteinander eng verknüpft. Der Friede sei eine notwendige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung und die Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit, während umge-

Liste 2: Official Ports of Entry and Exit

China has designated 71 airports, seaports and border checkpoints as official ports of entry and exit for foreign and Chinese nationals.

Airports: Peking, Hongqiao (Shanghai), Zhanguizhuang (Tianjin), Harbin, Shenyang, Zhoushuizi (Dalian), Xian, Kunming, Urumqi, Nanning, Guilin, Chengdu, Nanjing, Hangzhou, Gaoqi (Xiamen), Yixu (Fuzhou), Baiyun (Canton) and Haikou.

Seaports: Shanghai (including harbours for the Baoshan iron and steel works and the general petrochemical plant); Tianjin; Dalian (including new harbour) and Yingkou in Liaoning Province; Qinhuangdao in Hebei Province; Qingdao (including Huangdao), Yantai, Shijiu, Weihai and Longkou (Huangxian County) in Shandong Province; Nanjing, Lianyungang, Nantong and Zhangjiagang in Jiangsu Province; Ningbo and Wenzhou in Zhejiang Province; Fuzhou, Xiamen and Quanzhou in Fujian Province; Guangzhou (including Zhoutouzhui), Huangpu (including Fangleun), Shantou, Shanwei, Haikou, Zhanjiang (including Xiahai and Nanyou), Shekou (including Chiwan), Aotou (Huiyang County), Taiping, Basuo, Sanbu (Kaiping), Sanya, Jiuzhou (Zhohai), Zhongshan, Jiangmen, Zhaoqing, Lianhuashan (Panyu County), Guanghai (Taishan County), Dayawan (Shenzhen) and Meisha (Shenzhen) in Guangdong Province; and Beihai, Fangcheng and Wuzhou in the Guangxi Zhuang Autonomous Region.

Border checkpoints: Dandong in Liaoning Province; Tumen in Jilin Province; Manzhouli and Erenhot in Inner Mongolia; Nyalam in Tibet; Kunjirap in Xinjiang; Luohu, Wenjindu and Shatoujiao in Shenzhen, Gongbei in Zhuhai and Canton (railway station) in Guangdong Province.

The ministry also designated the following 14 ports of entry and exit only for people of neighbouring countries at places as designated on the travel documents:

Jian, Nanping (Helong County), Kaishantun and Sanhe (Longjing County) and Linjiang (Hunjiang city) in Jilin Province; Suifenhe and Heihe in Heilongjiang Province; Horgos, Paketu and Tuerdat in Xinjiang; Burang and Gyirong in Tibet; and Wanding and Ruili in Yunnan Province.

The following 12 ports of entry and exit have been designated for people with special permits:

Airports: Hotan in the Xinjiang Uygur Autonomous Region; Hailar in the Inner Mongolia Autonomous Region.

Seaports: Dachandao (Canton city), Guishandao at the Zhujiang (Pearl) river mouth, Sanmendao in Huiyang and Gongbei Wanzhi in Guangdong Province; Haimen and Shenjiamen (Zhoushan) in Zhejiang Province; and Dongshan in Fujian Province.

Border checkpoints: Youyiguan in the Guangxi Zhuang Autonomous Region; Hekou in Yunnan Province; and Yadong (Chomo) in Tibet.

(nach XNA, 9.4.1986)

kehrt die wirtschaftliche Entwicklung und die Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit wiederum die wichtigsten Friedensfaktoren abgäben. -we-

AUSLÄNDER IN DER VR CHINA

* (5)

Neuregelungen zur Ein- und Ausreise von Ausländern

Am 22. November 1985 erließ die VR China ein formelles Gesetz, das den Titel "Handhabung der Ein- und Ausreise von Ausländern" trägt (waiguoren rujing chujing guanli fa) und das am 1. Februar 1986 in Kraft getreten ist (RMRB, 23.11.85; Zhongguo fazhibao, 25.11.85, S.2 mit vollem Text).

Das Gesetz besteht aus 35 Paragraphen und ist in mehrere Abschnitte eingeteilt, die die Überschriften "Allgemeines", "Einreise", "Aufenthalt", "Reise", "Ausreise", "Sanktionen" und "Anhang" tragen. Zur gleichen Zeit wurde auch ein aus zwanzig Paragraphen und sechs Kapiteln bestehendes "Gesetz über die Ein- und Ausreise von chinesischen Staatsbürgern" erlassen (Wortlaut abgedruckt in Fazhibao, ebenda).

Das Ausländer-Gesetz bringt eine wesentliche Erleichterung im internationalen Verkehr. Ausländer können in alle "geöffneten" Gebiete (Liste 1) reisen, ohne eine Reise genehmigung zu benötigen. Früher mußten sie im voraus eine Reise genehmigung beantragen.

Um hier mehr Flexibilität zu schaffen, wurden bereits 1982 29 Gebiete geöffnet, in die Ausländer ohne Genehmigung reisen konnten. Ende 1985 war die Zahl dieser Gebiete auf 107 gestiegen und am 1. Februar 1986 wurde sie sogar auf die Zahl von 244 erhöht (Liste 1). Es genügt, wenn Ausländer, die dort hinreisen, im Besitz eines gültigen Visums sind.

Für die anderen nichtgeöffneten Gebiete müssen Ausländer allerdings nach wie vor bei den Organen für Öffentliche Sicherheit eine entsprechende Genehmigung beantragen.

Die normalen Ein- und Durchreisen können bei allen diplomatischen Vertretungen oder Konsulaten der VR China im Ausland beantragt werden. Im Inland sind das Ministerium für öffentliche Sicherheit und die von ihm bevollmächtigten örtlichen Organe sowie das Außen-

ministerium und die von ihm bevollmächtigten örtlichen Abteilungen für auswärtige Angelegenheiten zuständig.

Was die Ausreise anbelangt, so benötigte man dafür früher ein eigenes Visum. Heute genügt es, wenn der Ausländer einen gültigen Paß vorlegt.

Besonders großzügige Bedingungen gelten für ausländische Investoren. Sie können, falls erforderlich, eine dauernde oder lebenslange Aufenthaltserlaubnis erhalten.

Am 8. April 1986 erschien eine Liste mit 71 Flughäfen, Seehäfen und Grenzorten, die sowohl für chinesische Staatsangehörige als auch für Ausländer als Ein- und Ausreisepunkt zugelassen sind. 14 dieser Orte sind nur für Personen aus Nachbarstaaten zugelassen und zwölf nur für Personen mit Sondererlaubnis (vgl. Liste 2). -we-

INNENPOLITIK

*

*

*(6)

Ländliche Ausrichtungsbewegung

Seit November 1985 ist die KPCh verstärkt darum bemüht, ihre ländlichen Organisationen zu konsolidieren. Von dieser Konsolidierungspolitik sind über 90.000 Zhen- und Xiang-Komitees (Stadt- und Landgemeinden) sowie mehr als 900.000 Cun (Dorf)-Parteizellen erfaßt bzw. sollen erfaßt werden. Insgesamt geht es um mehr als 20 Mio. Parteimitglieder. Die Konsolidierungsbzw. Ausrichtungspolitik hat damit seit Beginn zum Jahresende 1983 ihr größtes Ausmaß erreicht. Zeitlich erfolgt sie in einer Linie "von oben nach unten" nacheinander. Während des ersten Stadiums ging es um die Ausrichtung der zentralen Führungsorgane. Im zweiten Stadium ab Winter 1984 wurden die Provinzen, Städte, Autonomen Gebiete und die entsprechenden Ebenen der Volksbefreiungsarmee einbezogen. Seit 1985 wurde die Bewegung auf die Bezirke und Kreise sowie auf andere Organe vergleichbarer Ebenen ausgedehnt. Obgleich die dritte Phase noch nicht abgeschlossen war, wurde seit Ende 1985 die Bewegung für die Parteiorganisationen unterhalb der Kreisebene eingeleitet. Offensichtliches Ziel der Parteiführung ist es, die Ausrichtungsbewegung für die gesamte Partei bis zum 13. Parteitag abzuschließen.

Ablauf und Konsequenz der Ausrichtungsbewegung sind nicht nur für die Arbeitsfähigkeit der Partei selbst, sondern auch für die Grund-

einstellung der bäuerlichen Bevölkerung gegenüber der Partei von maßgebender Bedeutung. Es stellt sich die Frage, wie eine Kontrolle der Bewegung auf der untersten Ebene erfolgen soll, wenn die Konsolidierung auf den übergeordneten Bezirks- und Kreisebenen noch nicht abgeschlossen ist, d.h. die Kontrolle der Kontrolleure nicht gewährleistet ist. Andererseits jedoch scheint die Führungsrolle der Partei im ländlichen Bereich nur durch eine grundlegende Stabilisierung der Parteiorganisationen aufrechtzuerhalten zu sein. In diesem Sinn ist auch der bisher umfassendste Reorganisationsversuch der ländlichen Basisebenen zu verstehen. Gegenwärtig scheinen die untersten Ebenen durch zwei negative Phänomene in ihrer Führungsfähigkeit beeinträchtigt zu sein. Beide haben zu der sogenannten "Denken nicht sauber, Organisation nicht sauber, Arbeitsstil nicht sauber"-Problematik geführt, die als Ausdruck von Zerfallerscheinungen gewertet werden kann. Einerseits ist immer noch der Einfluß von Basiskadern zu verzeichnen, die während der Kulturrevolution vor allem im ländlichen Bereich in der Partei Auftrieb erhielten. Zum anderen kommt hinzu, daß sich während der letzten Jahre im Rahmen der neuen ländlichen Wirtschaftspolitik eine Mentalität des "Alles schaut aufs Geld" ausgebreitet hat, die den Reformarbeitsverlauf aus Sicht der Führung negativ beeinflußt.

Anders gesagt, der rasche Wandel, der sich im Rahmen der ländlichen Reform in den Dörfern Chinas vollzog, konnte von vielen Basisorganisationen der Partei nicht angemessen nachvollzogen werden, zumal auch die übergeordneten Ebenen sich nicht genügend um den "geistigen Neuaufbau" der unteren Organisationen zu kümmern scheinen. Folgende Aspekte der Unsicherheit sind daher weit verbreitet:

1. Viele dörfliche Parteiorganisationen (Zhen-, Xiang- und Cun-Ebene) erscheinen schwach, zersplittert und teilweise in einem "Lähmungszustand".

2. Viele Parteimitglieder und Parteikader der Basisebenen lassen es aus Sicht der Führung an angemessenem Verantwortungsbewußtsein für den "Aufbau des Sozialismus" (kollektiver Aspekt der ländlichen Wirtschaft) und für die Aufrechterhaltung "kommunistischer Ideale" fehlen. Sie gelten daher in der Bevölkerung nicht mehr als "Wegbereiter".

3. Ein Großteil der Parteimitglieder und Kader mißbraucht seine Parteiposition zu persönlichen

Zwecken. Das reicht von mangelndem Interesse an gemeinschaftsbezogener Arbeit bis hin zu ausgesprochener Kriminalität.

4. Teile der Parteimitglieder und Kader zeigen gegenüber dem Reformkurs und der Politik der Führung bis heute eine abwartende, "unsaubere" Haltung, die sich auf die lange vorherrschenden Linkstendenzen und "Denkverzerrungen" zurückführen läßt. Denken und Handlungsbewußtsein dieser Kader entsprechen den neuen Formen und Aufgaben im ländlichen Bereich nur in unzulänglicher Weise, eine Tatsache, die sich u.a. in folgenden Punkten bemerkbar macht:

1. Zweifel an der Überlegenheit des Sozialismus und der Zukunft des Kommunismus haben sich ausgebreitet, was sich auch auf die Reformarbeit im ländlichen China auswirkt.

2. Das Handlungsbewußtsein vieler Kader ist nicht auf das übergeordnete Interesse der Partei oder andere übergeordnete Aspekte ausgerichtet, sondern eher auf das persönliche Fortkommen.

3. Die Organisationsdisziplin ist durch diese Entwicklungen beeinträchtigt. Insbesondere macht sich ein Desinteresse am organisatorischen Aufbau der Partei bemerkbar.

Diese Tendenzen werden in kritischen Berichten zahlreicher chinesischer Medien vermerkt, so z.B. in der Shanxi Ribao vom 23. Dezember 1985. Die Zeitung spricht von Auflösungstendenzen örtlich ländlicher Parteiorgane:

1. Viele Parteimitglieder haben gegenüber der Parteilinie, den Richtlinien und politischen Maßnahmen kein ausreichendes Wissen. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die ländliche Politik. Es fehlt an einer systematischen Beschäftigung mit den Instruktionen der Partei.

2. Ein Teil der Parteimitglieder sperrt sich immer noch gegen die politischen Thesen, daß "erst ein Teil der Menschen reich werden" muß, ehe die anderen folgen können, und daß "die Bauern Handel treiben" dürfen. Dies widerstrebt den bisher für sozialistisch gehaltenen Denkweisen und führt entweder zur Obstruktion oder zumindest zu einer passiven Haltung.

3. Ein Großteil der Kader ist angesichts der neuen flexiblen Politik bei der Arbeit auf dörflicher Ebene geistig überfordert.

4. Auf höherer Ebene fehlt es häufig an organisatorischer Disziplin,